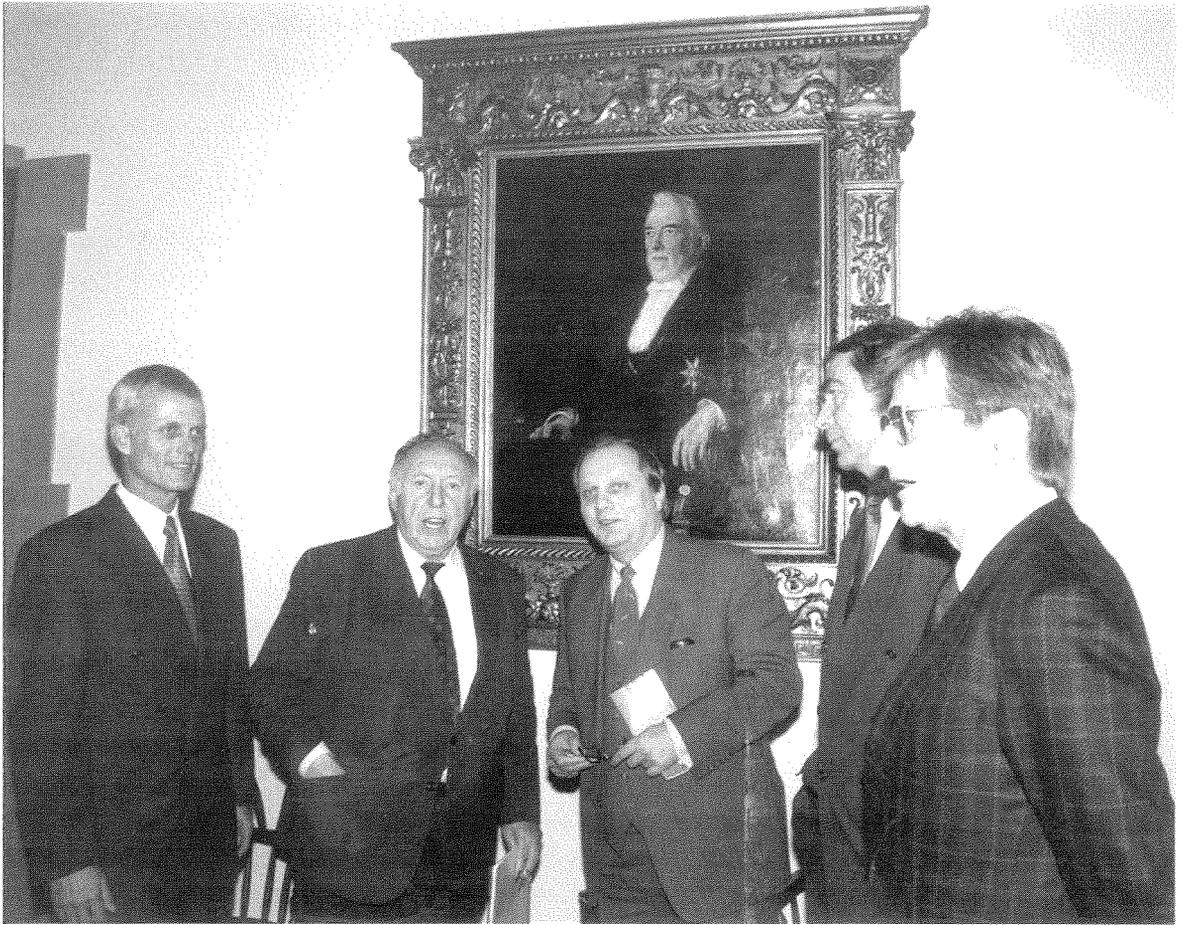


Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft

I/1994

Dialog
Wissenschaft – Gesellschaft – Politik – Kultur

Universitätsverlag Rasch Osnabrück



Begrüßung im Rathaus: Prof. Dr. Rainer Künzel, Ignatz Bubis, Oberbürgermeister Hans-Jürgen Fip, Oberstadtdirektor Dierk Meyer-Pries, Prof. Günter Bierbrauer PhD (v.l.) Photo: E. Scholz

Friedensgespräch

23. November 1993

»Zur Situation der deutschen Juden drei Jahre nach der Vereinigung«

– Vortrag –

Ignatz Bubis

Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, Frankfurt/M.

I.

Ich darf zuerst einmal meine persönliche Haltung zur deutschen Einheit, die auch der Meinung der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland entspricht, hier skizzieren. Ich gebrauche nicht gern das Wort *Wiedervereinigung*, weil es mich zu sehr an das Dritte Reich erinnert; deshalb spreche ich von der *deutschen Einheit*. Ich will – als Einleitung – das wiederholen, was ich während einer Tagung des Jüdischen Weltkongresses in Jerusalem am 8. Mai 1991 gesagt habe (dieses Datum – kurz nach dem Ende des Golfkrieges und am Jahrestag des Kriegsendes 1945 – wurde bewußt für diese Tagung gewählt). In einer Ansprache dort habe ich ausdrücklich vermerkt, daß jenes Ereignis, das in Deutschland stattfand, keine Wiedervereinigung des Deutschen Reiches bedeutet; vielmehr ist ein Teil Deutschlands mit einem kommunistisch-stalinistischen System untergegangen, und ein demokratisches Deutschland ist durch diese Einheit größer geworden. Zugleich habe ich zum Ausdruck gebracht, daß ich Verständnis für die Menschen habe, die angesichts des Holocausts Regungen empfinden, die sie an den Völkermord erinnern: daß hier nämlich durch die Verschmelzung zweier Wirtschaftsriesen wieder ein großes gefährliches Deutschland entsteht (es war die Zeit, als man noch glaubte, auch die DDR sei ein Wirtschaftsriese).

Diese Vorbehalte gab es nicht nur in Israel, sondern weltweit und insbesondere bei den europäischen Nachbarn, die selbst unter den Nationalsozialisten zu leiden gehabt hatten. Es entstand gleichzeitig auch ein gewisser Vorbehalt, ob im zusammenwachsenden Europa durch die deutsche Einheit plötzlich eine Hegemonialstellung dieses Landes erwachsen könnte – genauso wie bei uns Befürchtungen aufkamen, ob die Deutsche Mark durch die deutsche Währungsunion nicht schwächer würde oder welche Folgen zu gewärtigen seien, wenn wir von Brüssel oder Straßburg aus regiert werden. Hinsichtlich dieser bei unseren Nachbarn erkennbaren Furcht vor einem von Deutschland dominierten Europa habe ich seinerzeit im In- und Ausland gesagt, was ich hier wiederholen will: Wir brauchen uns vor einem Gesamtdeutschland einschließenden Europa nicht zu fürchten, weil es dazu keine Gründe gibt, und vor allem, weil eine europäische Einheit der beste und wichtigste Schritt in Richtung Frieden auf diesem Kontinent ist. Ich wünschte mir, wir hätten bereits in den 1930er Jahren die europäische Einheit gehabt: es wäre uns allen überall in Europa vieles erspart geblieben. Und im Ausland betone ich besonders, daß ich Angst hätte vor Deutschland außerhalb Europas, denn wie würde sich dieses Land außerhalb einer solchen Staatengemeinschaft verhalten?! Keine Angst habe ich hingegen vor einem Deutschland als integraler Teil eines vereinten Europas. Das ist auch meine innere Überzeugung, genauso wie ich die Einheit Deutschlands und den Untergang der Diktatur in der ehemaligen DDR aus innerer Überzeugung begrüßt habe.

Wenn ich über die heutige Situation der deutschen Juden spreche, so will ich weiterhin vorwegschicken, daß meiner Ansicht nach das Anwachsen der rechtsradikalen Parteien mit der deutschen Einheit nur wenig zu tun hat. Es ist nicht auszuschließen, daß es da und dort entsprechende Zusammenhänge gibt, nach dem Motto: *Wir sind jetzt endlich souverän, die Nachkriegsgeschichte Deutschlands ist zu Ende, wir haben unsere Freiheit nun vollständig wiedererlangt* – obwohl wir sie im Westen seit Jahrzehnten ohnehin schon hatten. Diese Freiheit ist jetzt auf ganz Deutschland ausgedehnt, und dies mag bei dem einen oder anderen neue, nationalistische – nicht patriotische (gegen die ich nichts einzuwenden hätte) – Gefühle geweckt haben. Sollte das der Fall sein, so kann es sich m.E. nur um eine Minderheit handeln, denn wir erlebten schon vor der deutschen Einheit zweimal Perioden des anwachsenden Rechtsradikalismus in der alten Bundesrepublik, die jedoch schnell wieder verschwanden. Heute beobachten wir auch in den europäischen Nachbar-

ländern ein kontinuierliches Anwachsen der rechtsradikalen Parteien und der Zahl ihrer Sympathisanten. Die Wahlergebnisse in Frankreich, Belgien und den Niederlanden machen dies deutlich (ich spreche gar nicht von den letzten Wahlen in Italien, wo es einen Erdrutschsieg der Rechten gegeben hat; aber dort sind besondere Verhältnisse zu berücksichtigen, die Ursache dafür sein mögen). Dieses Ansteigen des Nationalismus und des Rechtsradikalismus ist demnach in ganz Europa und auch außerhalb unseres Kontinents zu verzeichnen.

Was Deutschland betrifft, so ist ein Anwachsen der Gewalt auszumachen, die aus dieser politischen Ecke kommt, und zwar von einer zweifellos kleinen Minderheit, die mir aber dennoch große Sorgen bereitet (wobei ich den Zulauf zu den rechtsradikalen Parteien bei uns im übrigen niedriger einschätze als in den Nachbarländern). Es ist unstrittig, daß die überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Terror ablehnt, aber ein Teil scheint sich damit abzufinden, daß diese Gewalt da ist: sie nimmt sie hin. Ich meine damit nicht nur die rechtsradikal motivierte, sondern Gewalt schlechthin. In den letzten Jahren ist die Schwelle zur Gewaltbereitschaft immer niedriger geworden – Gewalt an Schulen, gegen Behinderte, ganz zu schweigen von der Gewalt, die weltweit, aber auch gleichsam vor unserer Haustür, im ehemaligen Jugoslawien, ausgeübt wird. Und wir alle gewöhnen uns an die täglich in den Wohnzimmern vor dem Fernsehschirm erlebte Gewalt, die uns immer wieder aufs neue entrüstet, aber mit dem Abschalten des Fernsehers auch aus dem Bewußtsein verschwindet. Damit hat sich's dann. Zwar versuchen wir in Deutschland sicherlich in besonderem Maße, z.B. Kriegsflüchtlingen nach Möglichkeit zu helfen, aber eben erst dann, wenn sie bereits zu Flüchtlingen geworden sind, wenn sie – wo auch immer – aus Furcht vor Bomben und Tod ihr Heimatland verlassen mußten. Da müssen die europäischen Staaten sich fragen lassen, was sie etwa gegen das Morden im ehemaligen Jugoslawien tun, außer jedesmal einen neuen – mittlerweile vielleicht den hundertundfünfzigsten – Waffenstillstand zu begrüßen, von denen bisher keiner wirksam, geschweige denn eingehalten wurde. Wenn wir von Gewalt sprechen und von unserer Art und Weise, damit umzugehen, muß auch dies gesagt werden.

II.

Indem ich nun auf die Situation der jüdischen Gemeinschaft im heutigen Deutschland eingehe, muß ich ein wenig ausholen, und zwar zurück in die Zeit bis vor 1933. Wenn sich Menschen mit dem Judentum in Deutschland befassen, so denken die meisten an die Epoche des Dritten Reiches, allenfalls noch an die vorangehenden Jahre, in denen der Nationalsozialismus entstand. Aber kaum jemand – auch nicht an den Schulen – beschäftigt sich mit 1.600 Jahren Geschichte jüdischer Existenz, während der Juden hier ununterbrochen gelebt und unterschiedliche Zeitläufte erlebt haben. Bemerkenswerterweise folgten in diesem großen Zeitraum positivste und denkbar negativste Existenzmöglichkeiten – historisch-chronologisch gesehen – direkt aufeinander. So waren die Juden im Kaiserreich seit 1871 staatsrechtlich vollständig und gesellschaftlich weitgehend emanzipiert und gleichberechtigt; sie konnten als freie Menschen leben und ihre Interessen entfalten. Im allgemeinen gab es in der Bevölkerung Deutschlands damals nicht den Begriff des »Fremden« für die jüdischen Deutschen und auch nicht deren Ausgrenzung; das änderte sich erst Ende der 1920er Jahre mit dem Anwachsen des insbesondere durch den Nationalsozialismus forcierten Antisemitismus, was schließlich zum Holocaust führte. Nun hat sich natürlich nicht am Tag nach der Kapitulation der Wehrmacht, am 9. Mai 1945, in Deutschland die Welt insofern verändert, als daß ein zwei Tage zuvor noch über-

zeugter Antisemit nunmehr plötzlich ein anderer Mensch geworden wäre. Dieser Antisemitismus blieb ununterbrochen latent vorhanden; allerdings wurde es jetzt unpassend und vor allem unbequem, sich dazu zu bekennen.

Als ein Ergebnis der Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft ist zu konstatieren, daß für die Mehrheit der deutschen Bevölkerung der Jude bis heute ein Fremder geblieben ist. Ich will dabei Ausländerfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus getrennt voneinander gesehen wissen, nicht weil das eine weniger schlimm wäre als das andere, sondern weil diese Erscheinungen unterschiedliche Ursachen haben, die allerdings zu denselben Resultaten führen. Der religiös begründete Judenhaß ist 2.000 Jahre alt (seit Juden in der Diaspora leben), der »biologisch« begründete Antisemitismus etablierte sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts; es begann als christlicher Antijudaismus (der übrigens bis heute nicht ganz verschwunden ist) und reicht bis zum modernen Antisemitismus, von dem m.E. ein großer Teil der Bevölkerung in Deutschland auch heute noch betroffen ist. Statistiken und demoskopische Erhebungen sprechen von 15 Prozent manifesten Antisemiten und weiteren 15 Prozent latenten. Dieser verbreitete moderne Antisemitismus hat sich in den letzten Jahren nicht vermehrt, er tritt heute jedoch offener in Erscheinung – und ich meine, daß dies nicht unbedingt mit der Einheit Deutschlands zu tun hat, sondern mit der Entwicklung der Zeit. Es gibt den immer wieder offen formulierten Wunsch, die Vergangenheit zu vergessen, z.T. sogar aus einem gewissen Schuldgefühl heraus, etwa nach dem Motto: *Es war schon schlimm, was damals passierte, und wir – als Volk, nicht als Einzelne – wurden damals schuldig; aber nach nunmehr 50 Jahren muß doch endlich Schluß sein mit der ständigen Erinnerung.* Es wird in dieser Argumentation nicht behauptet, daß man nichts damit zu tun habe; aber: man möchte damit nicht mehr konfrontiert werden, man möchte es abschieben.

Ich war heute vormittag in Mölln und habe genau diese Haltung auch bezogen auf die dortigen Vorgänge des letzten Jahres festgestellt. Die Bevölkerung, so wurde mir in mehreren Gesprächen deutlich, weiß genau, was da geschehen ist, aber sie möchte damit nicht identifiziert werden und es deshalb wegschieben und vergessen. Man weiß es, und man fühlt sich betroffen; aber man möchte diese Betroffenheit nach Möglichkeit ablegen, indem man sagt: *Das hätte ja auch in jeder anderen Stadt passieren können* (was ja auch richtig ist), *und deshalb wollen wir darüber am liebsten gar nicht sprechen.* Wenn es nach vielen Möllner Bürgern ginge, müßte das beim seinerzeitigen Brandanschlag zerstörte Haus wieder aufgebaut werden, erneut Menschen Wohnung bieten, und dann bräuchte man darüber überhaupt nicht mehr zu reden.

Es gab ein böses Wort nach 1945, und ich habe das Gefühl, daß es sich heute weiter ausgebreitet hat. Es lautet: *Die Nazis können den Juden Auschwitz nicht vergeben, weil sie wissen, daß sie in Auschwitz schuldig geworden sind. Und die Juden sind es, die ihnen diese Schuld täglich vor Augen führen, ob sie darüber sprechen oder nicht.* Daraus entsteht ein Gefühl des Schuldigseins auch bei denen, die damit unmittelbar nichts zu tun hatten; denn es ist etwas Unbequemes. *Wenn es Auschwitz nicht gegeben hätte, ginge es uns heute allen viel besser; und was dort geschehen ist, ist auch anderen von anderen Völkern und Nationen angetan worden. Deshalb sind die Juden sogar die Verursacher dessen, daß man heute mit einem schlechten Gewissen leben muß.*

III.

Was hat sich für die Juden in Deutschland nun heute verändert? Wir müssen wissen, daß wir eigentlich ein Land ohne Juden sind. 1930 lebten hier fast 600.000 Juden bei einer

Gesamtbevölkerung von ca. 66 Millionen Menschen (ca. 0,9 Prozent). 1989 haben in beiden, jetzt ca. 80 Millionen Einwohner zählenden Teilen 29.000 Juden (ca. 0,03 Prozent) gelebt, davon 400 in der DDR; dieses Bild hat sich dort allerdings in den letzten vier Jahren durch die Zuwanderung von etwa 14.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion ein wenig verändert. Bemerkenswert ist dabei, daß die Hälfte der jüdischen Bevölkerung nach wie vor in drei Gemeinden lebt, das sind Berlin, Frankfurt/M. und München; und wenn man dann noch drei größere Gemeinden wie Köln, Düsseldorf und Hamburg hinzunimmt, dann sind wir schon bei 70 Prozent; lediglich zehn- bis zwölftausend Juden leben in weiteren 70 Gemeinden verteilt auf ganz Deutschland, z.T. Gemeinden mit nur 20 bis 50 Mitgliedern. Um ein Beispiel zu nennen: In einer Stadt wie Essen mit ca. 700.000 Einwohnern wohnen 120 Juden; im vergleichbar großen Frankfurt hingegen 6.000. Das frühere Landjudentum ist heute verschwunden; so gab es gar Landgemeinden im Hessischen, in denen die Mehrheit der Bevölkerung jüdisch war. Nicht zuletzt aufgrund dieser demographischen Situation kennt mehr als 50 Prozent der deutschen Bevölkerung persönlich keinen Juden und weiß auch nichts Qualifiziertes über das Judentum.

Für die jüdische Gemeinschaft hat sich durch die Zuwanderung einiges verändert, u.a. weil wir mittlerweile einen Wandel hinsichtlich unserer Rabbiner und Religionslehrer zu verzeichnen haben. Deutschsprachige Rabbiner sind äußerst selten geworden, denn im Gegensatz zu früheren Zeiten, wo es in Berlin noch ein Rabbinerseminar gab, existiert in Europa kein derartiges deutschsprachiges Institut mehr. Eine wichtige Aufgabe für die jüdischen Gemeinden ist die soziale Betreuung der Zuwanderer, sie in die Gesellschaft zu integrieren, um ihnen angesichts der Wohnungsnot, der hohen Arbeitslosigkeit etc. wirksam zu helfen. Ich muß in diesem Zusammenhang sagen, daß mir kein Fall bekannt ist, wo die jeweilige Gemeinde oder Kommune uns in diesem Bemühen etwa Schwierigkeiten bereitet oder uns nicht hinreichend unterstützte; auf diese Unterstützung sind wir im übrigen auch angewiesen.

Was sich weiterhin verändert hat, ist, daß der schon immer vorhandene Antisemitismus verstärkt spürbar ist. Man bekennt sich heute wieder auch offen dazu. Darüber hinaus gibt es das Phänomen der Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit, das früher in dieser Art und Intensität unbekannt war. Dieses hat ganz andere Ursachen als der traditionelle Antisemitismus, betrifft uns Juden aber auch. In manchen verwirrten Köpfen wird angesichts der großen Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer nicht einmal unterschieden zwischen Zuwanderern, Übersiedlern, Umsiedlern, Asylbewerbern und Menschen, die wir geholt haben, damit sie hier arbeiten. Da ein Jude – wie ich noch erläutern werde – ebenfalls als Fremder betrachtet wird, ist er automatisch auch in dieser Kategorie. Dieser manifest latente, unterschwellige Antisemitismus ist nicht vergleichbar mit dem der 30er Jahre, den es zwar auch noch hier und da geben mag; die Anzahl solcher Menschen dürfte jedoch außerordentlich gering anzusetzen sein.

Antisemiten im strengen Sinne melden sich heute aber auch schon wieder zu Wort, z.B. anlässlich solcher Veranstaltungen wie den *Osnabrücker Friedensgesprächen* – und ich bin froh, daß sie das tun, denn dies gibt mir die Gelegenheit, mit ihnen zu sprechen. Mir ist es auch lieber, wenn jemand seine diesbezügliche Haltung offen ausspricht, als sie nur still mit sich herumzutragen. Aber es ist unbestritten, daß die Mehrheit der Bevölkerung nicht im strengen Sinne antisemitisch oder fremdenfeindlich, jedoch zunehmend bereit ist, solche Erscheinungen hinzunehmen und sich daran zu gewöhnen. Das halte ich für eine große Gefahr. Wir werden in Deutschland noch eine ganze Weile mit etwas leben müssen, das – so bedauerlich es ist – auch akzeptiert werden muß. Es gibt Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in anderen europäischen Ländern ebenfalls, dort vielleicht sogar stärker als z.Zt. in Deutschland. Aber wenn hier entsprechende Parolen und Gewalttaten

auftauchen bzw. verübt werden, so ist das aufgrund unserer Geschichte in besonderer Weise zu bewerten, denn wir hatten schon einmal einen Hitler. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Jahre 1933 waren im übrigen Europa auch nicht besser als in Deutschland. Wenn wir in unserem Zusammenhang von wirtschaftlichen Problemen sprechen, dann jammern wir zunächst einmal auf einem sehr hohen Niveau; wir sollten aber auch da nicht übersehen, daß es in unseren Nachbarländern nicht anders ist. Da stehen wir – auch noch nach 50 Jahren – im internationalen Rampenlicht: andere Länder widerstanden der Versuchung, der Deutschland schon einmal erlag, und da müssen wir akzeptieren, daß in diesen Ländern besondere Befürchtungen bezogen auf uns Deutsche gehegt werden.

Die Verbindung Jude – Fremder, die offenbar im Bewußtsein eines großen Teils, wenn nicht der Mehrheit der deutschen Bevölkerung spukt und die ich, wie gesagt, als einen Teil des unterschweligen, latenten Antisemitismus bezeichne, dokumentiert sich auch in Briefen, die ich täglich erhalte (die Mehrzahl der Briefe ist übrigens positiven Inhalts). Das geht dann hin bis zur Neuauflage groteskster Anschuldigungen, die wir aus früheren Zeiten hinlänglich kennen. So war es ehemals die Pest, mit der angeblich die Juden den Christen Elend und Tod brachten. Heute bekomme ich tatsächlich Briefe, in denen allen Ernstes behauptet wird, die Juden hätten den Aids-Virus in dieses Land eingeschleppt, um sich an den Deutschen zu rächen. Das Schlimme an solchen Vorurteilen, und seien sie noch so absurd, ist, daß im Bewußtsein vieler Menschen ein Mechanismus abläuft, der – auf das Aids-Beispiel bezogen – etwa folgendermaßen funktioniert: Man weiß zwar, daß diese Anschuldigung absurd ist, aber man sagt sich gleichzeitig: *Irgendetwas muß doch 'dran sein, sonst würde ein solcher Vorwurf ja nicht erhoben*. Dieser Mechanismus ist uns allen bekannt, und er verursacht ein dumpfes, undifferenziertes Gefühl, wonach Juden irgendwie andersartig, gefährlich, bösartig sind. Das Beispiel Polen mag hier angebracht sein: Dort leben heute lediglich noch 2.500 Juden; aber – so wissen wir aus zuverlässigen Erhebungen – über 50 Prozent der Bevölkerung sind als Antisemiten zu bezeichnen – in einem Land ohne Juden! Möglicherweise ist es der eben beschriebene Mechanismus, der dieses sonst kaum begreifbare Phänomen erklären könnte.

Der Tenor der eher freundlichen der negativen Briefe, die ich immer wieder erhalte, lautet etwa folgendermaßen: *Sie sind Gast hier; wir sehen zwar einen gewissen kulturellen Unterschied zwischen den vielen Ausländern und Ihnen, aber aus der deutschen Politik sollten Sie sich doch, bitteschön, heraushalten, damit der Antisemitismus nicht wieder entsteht*.

Abgesehen davon, daß solche Briefe mit Absendern versehen sind und aus den unterschiedlichsten Schichten der Bevölkerung stammen, so habe ich neuerdings erlebt, daß auch viele Politiker der Auffassung sind, einem Juden stehe das Recht der Kritik, wenn es sich um einen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten handelt, nicht zu. Da haben mich sogar ernstzunehmende und hochrangige Politiker angesprochen und mir zu bedeuten gegeben, daß sie es sehr gut mit den Juden meinten und es aus diesem Grunde für besser befänden, wenn sich der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland zu dieser Frage nicht äußert, weil das den Antisemitismus fördere. Ich habe dann die Herren gefragt: Wenn z.B. der Vorsitzende des Zentralrats der deutschen Katholiken sich über einen Kandidaten kritisch äußerte, ob das denn auch den Antikatholizismus fördere?! Und wenn ich mich zu einem anderen Kandidaten kritisch geäußert hätte, ob das dann auch den Antisemitismus stärkte?! Ich kenne mindestens drei prominente Juden, die sich öffentlich positiv zu demselben Präsidentschaftskandidaten zu Wort gemeldet haben; sind diese drei denn auch betroffen, und fördern sie ebenfalls mit ihren Aussagen den Antisemitismus?

Jenen Herren unterstelle ich nicht, daß sie persönlich so empfinden; aber offensichtlich schätzen sie das deutsche Volk so ein, glauben offenbar, es könne die Kritik eines Juden nicht verkraften. Das ist im Kern das, was mir Sorgen bereitet; daß nämlich Menschen, Politiker, denen ich eine solche diffizile antisemitische Einstellung nicht unterstellen möchte, sich auf solche Weise äußern. Denn damit gießen sie Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen. Ich kann nur alle politischen Parteien vor dem Glauben warnen, man könne mit solchen Äußerungen zu den Rechtsradikalen abgewanderte Wähler zurückgewinnen. Denn in dem Augenblick, in dem sie ihre eigenen demokratischen Grundsätze verwässern und sich auf dieses Feld begeben, liefern sie den Rechtsradikalen das beste Argument in die Hand, daß sie nämlich das »schon immer gesagt haben«, was die anderen Parteien ihnen nun nachsprechen. Gerade angesichts der in Deutschland im nächsten Jahr anstehenden 18 Wahlen möchte ich appellieren: Die demokratischen Parteien dürfen ihre eigenen Grundsätze nicht auch nur ansatzweise aufgeben. Mit diesen haben sie die Bundesrepublik Deutschland in den 44 Jahren ihres Bestehens zu einem demokratischen Staat aufgebaut – zu einer Demokratie, wie sie es niemals zuvor in diesem Land gegeben hat. Sie dürfen sich nicht – wie es gelegentlich formuliert wird – den Wünschen des sog. »Normalbürgers« anpassen. Ich bin darüber hinaus auch gar nicht sicher, ob viele Politiker wirklich wissen, was der sog. »Normalbürger« überhaupt wünscht und ob sie ihn nicht in vieler Hinsicht weit unterschätzen. Demokratische Grundsätze aufzugeben aufgrund des vermeintlichen Wissens um die Wünsche des sog. »Normalbürgers« ist ein ganz gefährlicher Weg.

Schon deshalb beobachtet die jüdische Gemeinschaft die politische Entwicklung in unserem Land sehr genau. Wohin wird sich die Republik begeben? Wird sie auch alle Anstrengungen unternehmen, um diesen demokratischen Staat zu erhalten und ihn weiter auszubauen oder werden sogar die demokratischen Parteien untereinander sich so zerstreiten, wie es schon zu Zeiten Weimars der Fall war, und damit die Demokratie aufs Spiel setzen? Noch, so meine ich, gibt es genügend Demokraten in Deutschland, und noch besteht keine ernsthafte Gefahr für die Demokratie, wenn die Demokraten zusammenstehen. Natürlich ist die jüdische Gemeinschaft daran interessiert, denn wir haben nicht vergessen, was aus jenen nationalistischen Tönen entstehen kann, was daraus bereits einmal wurde und welches Resultat am Ende stand: 55 Millionen Tote als Opfer eines weltweiten Krieges. Wir fühlen uns deshalb verpflichtet, daran zu erinnern und zum Nichtvergessen aufzurufen. Ich wünschte mir, daß dies nicht nötig wäre. Wenn wir aber daran erinnern, so tun wir dies nicht, um ständig zu sagen: *Denkt daran, Ihr seid schuldig geworden!*, denn schuldig kann man nur persönlich werden. *Wir tun dies vielmehr, weil es eine Verantwortung gibt zu wissen, was daraus entstanden ist.* Und deshalb, und nur deshalb, wollen wir daran erinnern und nichts in Vergessenheit geraten lassen, damit die Zukunft so gestaltet werden kann, daß sich die Dinge nicht wiederholen. Das habe ich auch in Mölln gesagt: Wenn man vergißt, was in dieser Stadt geschehen ist, ist die Wiederholungsgefahr umso größer.

Ich will in diesem Zusammenhang auch über eine Begebenheit berichten, die einen weiteren Aspekt verdeutlicht. Eine deutsche Schülergruppe war Mitte der 50er Jahre zu Gast beim damaligen französischen Staatspräsidenten und fragte ihn, wie lange es wohl noch dauern werde, bis die Franzosen vergäßen, was ihnen während des Krieges von den Deutschen angetan worden war. Seine Antwort lautete: *Wir sind bereit zu vergessen, wenn die Deutschen es nicht vergessen.* Der deutsche Wunsch nach dem Vergessen kommt m.E. heute immer stärker zum Ausdruck; und je mehr bei uns davon die Rede sein wird, umso mehr werden unsere Nachbarn sich gerade damit schwertun. Damit muß man hier leben.



Ignatz Bubis während seines Vortrags in der Marienkirche

Photo: E. Scholz

IV.

Ich habe in meiner jetzt 14 Monate währenden Amtszeit als Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland insbesondere auch mit zahllosen jungen Menschen gesprochen, mit ihnen diskutiert. Bestärkt wurde ich dabei in meiner schon früher immer wieder gemachten Erfahrung (die auch demoskopische Umfragen der letzten 20 bis 30 Jahre bestätigen), daß Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit unter den 18- bis 30jährigen nur halb so verbreitet sind wie unter der älteren Generation. Ich sage das deshalb, weil in der Diskussion häufig die – unbestrittene – Tatsache genannt wird, daß einschlägige Gewalttaten zu 90 Prozent von Jugendlichen begangen werden – woraus dann schnell »die Jugend« wird. Es ist richtig, daß sich die Mehrheit dieser Gewalttäter (der Verfassungsschutz spricht von 6.400 Personen) im jugendlichen Alter befindet. Diese Menschen sind jedoch i.d.R. ideologisch nicht so fixiert, daß man ihnen unterstellen kann, sie wüßten wirklich, was sie da anrichten. Aber sie übernehmen diese Ideologie von den bekannten Brunnenvergiftern, die ihnen griffige Parolen liefern wie »Deutschland den Deut-

schen« und »Ausländer ‘raus«, mit denen sich nach Orientierung suchende Jugendliche offenbar identifizieren können. Hier hat es, so meine ich, die Generation der sog. 1968er versäumt, neben der Kritik an den überkommenen Konventionen, neben dem Wunsch nach mehr Demokratie, die jungen Menschen an das Grundgesetz, an Schwarz-Rot-Gold heranzuführen, um ihnen diese und/oder eine europäische Identität zu offerieren und zu vermitteln. Genauso wie ich eingangs darauf hingewiesen habe, daß der Nationalsozialismus in den Schulen zwar sehr wohl ein wichtiges Thema ist, die 1.600 Jahre jüdischen Lebens im Gebiet des heutigen Deutschlands jedoch unberücksichtigt bleiben, so läßt auch die Auseinandersetzung mit unserem Grundgesetz und der in 44 Jahren Bundesrepublik Deutschland entstandenen Demokratie an den Schulen viel zu wünschen übrig – was vielleicht einiges an Erklärungswert für die gegenwärtigen rechtsextremen Gewalttaten und »Gesinnungen« besitzt.

Abschließend will ich noch einige Bemerkungen zur gegenwärtigen Praxis der deutschen Rechtssprechung gegenüber rechtsextremen Gewalttätern anfügen. Der häufig erhobene Vorwurf gegen die Justiz, sie sei auf dem rechten Auge blind, ist nach meiner Auffassung nicht gerechtfertigt. Wir können die heutige Rechtssprechung nicht im entferntesten mit jener der Weimarer Zeit vergleichen, wo dieser Vorwurf uneingeschränkt die damals reale Situation charakterisiert. Wir haben mittlerweile ein liberales Recht und damit auch ein liberales Strafrecht, und ich begrüße das. Was ich allerdings im Moment konstatieren muß, ist, daß die Justiz weiterhin die Gefahr nicht ernst genug nimmt, die von den rechtsradikalen Gewalttätern ausgeht.

Ich erinnere an die Zeit des akuten linksextremen organisierten Terrors durch die Rote Armee Fraktion (RAF), der sich gegen Persönlichkeiten und Organe des Staates richtete, mit dem Ziel, die Demokratie, die wir aufgebaut haben, zu zerstören und eine andere Gesellschaft zu errichten. Die Justiz ist dem mit allen ihren Möglichkeiten entgegengetreten. Heute hingegen kommt der akute Terror von rechtsextremer Seite, und dieser richtet sich gegen die Schwachen der Gesellschaft, nicht gegen Personen und Institutionen des Staates, obwohl auch diese Täter organisiert sind, die Demokratie zerstören und eine andere Gesellschaft errichten wollen. Aber wenn jemand Brandsätze in ein bewohntes Haus wirft, wertet es die Justiz als Landfriedensbruch. Hier liegen die Fehler und Versäumnisse der Justiz, die sich zwar einerseits begründen durch unser liberales Strafrecht, aber auch durch die nur unzureichende Ausschöpfung der durchaus vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten.

Einer der Täter von Mölln, der sich jetzt vor Gericht verantworten muß, war vier Tage vor jener furchtbaren Tat in Haft genommen worden wegen des Werfens von Brandsätzen an einem anderen Ort. Der Untersuchungsrichter ließ ihn auf freien Fuß setzen, weil er wegen dieser Ersttat nicht verurteilt wurde. Ergebnis: Wenige Tage später hat derselbe Täter – diesmal in Mölln – erneut Brandsätze geworfen und damit den Tod dreier Menschen verursacht. Hätte man seine Ersttat juristisch als Brandstiftung mit versuchter oder zumindest in Kauf genommener Tötung oder Körperverletzung beurteilt, dann hätte der Richter ihn nicht aus der Haft entlassen müssen. Natürlich ist es sehr schwierig, ein solches Beispiel juristisch angemessen hier in aller Kürze zu bewerten; darüber hinaus muß man auch einem Richter zugestehen, nicht jeden einzelnen Fall in allen seinen denkbaren folgenden Konsequenzen vorhersehen zu können. Aber die Justiz muß jetzt erkennen und in der diesbezüglichen Rechtssprechung dazu übergehen, daß die Abschreckung durch Bestrafung ebenso wichtig ist wie ihre erzieherische Funktion, und zwar nicht nur für den unmittelbaren Täter, sondern auch als Präventivmaßnahme gegen potentielle weitere. Derartige Gewalttäter müssen genau wissen, was sie erwartet; auch das ist ein Stück Rechtssicherheit, indem die strafgesetzlichen Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden.